

B 212 neu: Bund will Stadt mit Umgehung entlasten

Ganderkeseer reagiert empört / De La Lanne sieht „keine neuen Erkenntnisse“

Die „Entwicklungsachse“ auf Ganderkeseer Gebiet soll nun doch kommen. Das Bundesverkehrsministerium will damit Delmenhorst entlasten.

VON JENS T. SCHMIDT, SONIA VOIGT UND THOMAS BREUER

DELMENHORST-GANDERKESEE. Die Planungen zur B 212 neu nehmen eine unvorhergesehene Wende: Nun soll die neue Bundesstraße mit einer Westumfahrung Delmenhorsts auf Ganderkeseer Gebiet an die A 28 angebunden werden. In einem Schreiben des Bundesverkehrsministeriums werden das niedersächsische Verkehrsministerium und die zuständigen Landesbehörden angewiesen, entsprechende Planungen aufzunehmen.

Sollte dieses Vorhaben verwirklicht werden, würde die Belastung für Delmenhorst von voraussichtlich 22.400 auf 16.400 Fahrzeuge täglich sinken. Über Ganderkeseer Gebiet würden dann aber etwa 14.000 Autos am Tag fahren. Martin Clausen und Uwe Kroll von der Delmenhorster Interessengemeinschaft B 212 neu sprechen von der „schlechtesten aller Lösungen“ und fordern die Nachbarkommunen auf, gemeinsam dagegen vorzugehen. „Ganderkeseer sowie Deich- und Sandhausen würden belastet, ebenso die Bremer Schutzgebiete. Delmenhorst würde aber nicht ausreichend entlastet“, sagte Kroll gestern mit Hinweis auf die „Verkehrsoptimierte Nordvariante“ der IG, für die nur 13.100 Fahrzeuge täglich in Richtung Delmenhorst prognostiziert werden.



Das Bundesverkehrsministerium sieht die Notwendigkeit einer Westumfahrung Delmenhorsts. Diese Grafik zeigt den Korridor, in dem diese Straße verlaufen könnte.

FOTO: PUBLIC EMOTIONS

219
bau, räumte ein, dass die Nutzung dieses Paragraphen „eine eher seltene Variante“ sei. Möglich sei sie aber allemal. Auch wenn in dem Schreiben von einer „Westumfahrung“ die Rede ist, sei seiner Behörde keine Trasse vorgegeben: „Das Ergebnis ist offen.“ Denkbar sei auch eine Ostumgehung auf Delmenhorster oder Bremer Gebiet. Entscheidend sei die

Laut Behördenleiter ist auch Ostumgehung möglich

Absicht des Bundes, Delmenhorst zu entlasten. Joachim Delfs kündigte an, mit beiden Kommunen ein Gespräch zu führen: „Das Schreiben sollte als Chance für eine Neupositionierung und Konfliktlösung gesehen werden.“

Überrascht bis befremdet reagierte Verwaltung und Politik in Ganderkesee auf das Schreiben. Der Gemeinde liege noch keine offizielle Mitteilung vor, erklärte Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas. Die örtlichen Fraktionsvorsitzenden seien informiert, am Donnerstag könnte der Gemein-

entwicklungsausschuss das wichtige Thema diskutieren.

Christian Dürr, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, nannte es einen „merkwürdigen Vorgang“, dass das Bundesministerium eine nicht im Verkehrswegeplan erfasste Trasse vorschlage, „die niemand in Niedersachsen will“. „Wir brauchen die B212 neu, aber keine sogenannte Entwicklungssachse“, sagte er. Wie Dürr hat auch der CDU-Landtagsabgeordnete Ansgar Focke einen Protestbrief an den Bundesverkehrsminister verfasst. Focke bittet darin um einen Gesprächstermin mit Vertretern der Gemeinde Ganderkesee im Ministerium. Auch das Wirtschaftsministerium in Hannover reagiere „befremdet“ auf das Schreiben, so Focke. „Eine Umgehungsstraße für Delmenhorst, die auf Ganderkeseer Gebiet verläuft, kann nicht angeordnet werden, ohne die Gemeinde zu fragen“, sagte er. „Verheerend“ nannte der SPD-Landtagsabgeordnete Axel Brammer die Aussicht auf eine Entwicklungsachse.

„Eiskalt erwischt“ und vom

Verkehrsministerium schlecht informiert fühlte sich FDP-Bundestagsabgeordnete Angelika Brunkhorst: „Es ist so nicht nachvollziehbar, warum die Bundes- der Landesbehörde eine solche Anweisung erteilt.“ Der SPD-Bundestagsabgeordnete Holger Ortel (SPD) will sich am Montag äußern.

Delmenhorsts Oberbürgermeister Patrick de La Lanne (SPD) ließ mitteilen, er entnehme dem Papier keine neuen Erkenntnisse. Er halte daran fest, ein mit Ganderkesee abgestimmtes Verkehrskonzept zu erarbeiten. Die Stadt werde an ihren Aussagen und Beschlüssen festhalten.

Die Delmenhorster Landtagsabgeordnete Swantje Hartmann (CDU) hält weiter eine „intensive regionale Abstimmung“ für erforderlich. Weiter sagte sie: „Die Bundestagsabgeordneten sind nun gefragt, sich zum Schreiben aus dem Bundesverkehrsministerium zu positionieren.“ Sie selbst werde den Kontakt zu den entscheidenden Stellen in Bund und Land halten, kündigte sie an.

Kommentar

Das Bundesministerium will die neue Straße mithilfe des Paragraphen 6 des Fernstraßenausbaugesetzes möglich machen. Demnach können Straßenbaupläne „im Einzelfall auch Maßnahmen enthalten, die nicht dem Bedarfsplan entsprechen, soweit dies wegen eines unvorhergesehenen höheren oder geringeren Verkehrsbedarfs (...) erforderlich ist.“ In der enormen Belastung des Delmenhorster Straßennetzes sieht das Ministerium offenbar so einen Ausnahmefall. Für Kroll ist das ein einmaliger Vorgang, weil das Projekt offenbar „an allen politischen Gremien vorbei“ durchgedrückt werden solle.

Joachim Delfs, Leiter der Landesbehörde für Straßen-

KOMMENTAR

Aus dem Hut gezaubert



VON JENS T. SCHMIDT

16.000 Autos sind weniger als 22.000. Kann Delmenhorst also die Korken knallen lassen? Eher nicht. Denn wer meint, die Ortsumgehung sei immerhin die zweitbeste Lösung, denkt zu kurz. Wenn Ganderkesee den Verkehr abkriegt, den Delmenhorst nicht wollte, wird im Verhältnis der beiden Nachbarn auf viele Jahre eine Eiszeit ausbrechen. Dabei wäre mehr Zusammenarbeit in vielen Bereichen zwingend notwendig. Über die Gründe, warum das Bundesministerium urplötzlich eine Ausnahmeregelung aus dem Hut zaubert, lässt sich derzeit nur spekulieren. Ob sich das umstrittene Projekt mit der Brechstange aber tatsächlich schneller realisieren lässt, ist fraglich. Die IG B212 neu sieht in einem Rechtsstreit „erhebliche Ansatzpunkte“.